

Menschenwürde weggewogen?

Gertrude Lübke-Wolff

2019-11-18T14:17:33

Hat das Bundesverfassungsgericht mit seinem [Urteil vom 5.11.2019](#) zu den Hartz-IV-Sanktionen das Grundrecht auf Achtung und Schutz der Menschenwürde zur Disposition gesetzgeberischer Eingriffe gestellt? Manche Kommentatoren (s. z.B. [hier](#) und [hier](#)) meinen das.

Tatsächlich finden sich in dem Urteil Formulierungen, die man in diesem Sinne missverstehen könnte. Das Gericht hat die Leistungskürzungen, die das Gesetz bei Verletzung von Pflichten zur Bemühung um eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts durch Arbeit vorsieht, immerhin teilweise für verfassungskonform erklärt, obwohl "der bedürftigen Person" aufgrund solcher Kürzungen die "Mittel (fehlen), die ihr eine menschenwürdige Existenz ermöglichen" (Rn. 131). Das könnte man als Hinnahme von Menschenunwürdigem lesen. Es ist aber offensichtlich so nicht gemeint. Auch die Feststellung, die Menschenwürde sei "dem Grunde nach" unverfügbar (Rn. 120) ist nicht dahin zu verstehen, dass sie in irgendwelchen anderen Hinsichten verfügbar, nämlich der Abwägung preisgegeben wäre.

Abschied vom absoluten Schutz der Menschenwürde?

Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist der Anspruch auf Achtung der Menschenwürde "absolut" (BVerfGE 75, 369 <380>; 125, 175 <222>; s. auch BVerfGE 32, 373 <379>; 33, 367 <376>; 107, 275 <281>; 109, 279 <315>; 119, 1 <29>; 129, 208 <262 f.>; ähnlich [BVerfGE 140, 317](#) <341, Rn. 49>: "keine Relativierung im Einzelfall"), d.h. die Gewährleistung der Menschenwürde unterliegt keiner Abwägung mit anderen Rechtswerten, seien es kollidierende andere Grundrechte oder sonstige Belange von verfassungsrechtlichem Gewicht wie z.B. das staatliche Strafverfolgungsinteresse (BVerfGE 75, 369 <380>; 107, 275 <281>; 109, 279 <314>; 114, 339 <350>; [141, 220](#) <276, Rn. 120>; BVerfG, Beschluss der 1. Kammer des Ersten Senats v. 4.2.2010 – 1 BvR 369/04 -, NJW 2010, 2193 <295>). Dass das Gericht daran etwas ändern wollte, kann ausgeschlossen werden. Dagegen spricht nicht nur, dass mit keinem Wort erwogen wird, ob von dieser von beiden Senaten getragenen Rechtsprechungslinie abgewichen werden kann, ohne gemäß § 16 I BVerfGG das Plenum anzurufen. Vielmehr ist ausdrücklich vom "nicht relativierbaren Gebot der Unantastbarkeit" der Menschenwürde die Rede (Rn. 119). Auch die Formulierung, wonach die Menschenwürde "dem Grunde nach" unverfügbar ist, soll keine Wegwägbarkeit sonstiger Elemente der Menschenwürde implizieren. Sie greift die gleichlautende Formulierung aus der ersten Hartz-IV-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts auf. Dort hat das Gericht, an die rechtsübliche Unterscheidung zwischen der Zuerkennung eines Anspruchs "dem Grunde" nach und dessen Fixierung "dem Betrag" nach anknüpfend, einen Anspruch Hilfsbedürftiger auf Leistungen zur

Sicherung des Existenzminimums “dem Grunde nach” anerkannt, die genaue Bestimmung der Höhe des Anspruchs aber, mangels Ableitbarkeit eines konkret geschuldeten Betrages aus der Verfassung, dem Gesetzgeber zugewiesen ([BVerfGE 125, 175](#) <222, 224>). Eine Aufspaltung *der Menschenwürde* in einen unantastbaren Grund- und einen antastbaren Betragsteil ist damit ersichtlich nicht gemeint; sie wäre auch vollkommen unsinnig.

Abwägung verboten?

Die Menschenwürde bleibt also unabwägbar gewährleistet, und diese Gewährleistung geht, wie das Gericht unter Verweis auf seine ständige Rechtsprechung feststellt, auch durch vermeintlich “unwürdiges” Verhalten und durch schwerste Verfehlungen nicht verloren (Rn. 120). Dies bedeutet allerdings entgegen einem verbreiteten Missverständnis nicht, dass Abwägung, Berücksichtigung der Umstände, und auch Berücksichtigung des Verhaltens des Grundrechtsträgers selbst prinzipiell keine Rolle für die Bestimmung dessen spielen dürften, was die Gewährleistung der Menschenwürde konkret ge- oder verbietet. Die in der Rechtsprechung auffindbaren abstrakten Bestimmungen der Menschenwürde verweisen im Gegenteil gerade auf die Notwendigkeit situationsspezifischer, abwägender Konkretisierung.

Der Mensch darf nicht zum bloßen Objekt gemacht werden (BVerfGE 27, 1 <6>; 30, 1 <25>; 109, 133 <149 f.>, 131, 268 <286>, ständige Rspr.). Er ist, mit anderen Worten, gemäß dem mit der “Objektformel” aufgegriffenen kantischen Imperativ “nie als bloßes Mittel zu gesellschaftlichen Zwecken, sondern stets auch selbst als Zweck”, nämlich “als Subjekt mit eigenen Rechten und zu berücksichtigenden eigenen Belangen” zu behandeln (BVerfGE 116, 69 <85>; s. auch, für die Reformulierung der Menschenwürdegarantie als Anspruch des Einzelnen darauf, dass er “auch in der Gemeinschaft als gleichberechtigtes Glied mit Eigenwert anerkannt” wird, BVerfGE 45, 187 <228>). Danach ist der *Ausschluss* von Menschen aus Abwägungszusammenhängen, in denen ihre – *auch* ihre – Belange zu würdigen sind, menschenwürdewidrig. Dass die konkreten Inhalte des Anspruchs auf Achtung und Schutz der Menschenwürde durchweg umstände-, abwägungs- und verhaltensunabhängig zu bestimmen wären, folgt dagegen daraus nicht, auch wenn es selbstverständlich Formen des Umgangs mit Menschen gibt, die unter allen Umständen menschenwürdewidrig sind, weil kein Belang denkbar ist, der sie in irgendeiner Konstellation rechtfertigen könnte. Besonders offensichtlich gilt das etwa für Strafen und sonstige Verfolgungsmaßnahmen, die als “grausam” oder “erniedrigend” zu qualifizieren sind (vgl. nur BVerfGE 1, 97 <104>; 131, 268 <287>), da schon in diesen Qualifizierungen die Feststellung steckt, dass es sich nicht um etwas durch irgendein legitimes Interesse zu Rechtfertigendes, sondern um schiere Missachtung handelt (zur schwierigeren und daher umstritteneren, aber gleichfalls positiv zu beantwortenden Frage eines aus der Menschenwürdegewährleistung folgenden absoluten Folterverbots s. [hier](#), S. 125 ff., mit weiteren Nachweisen).

Die Formulierung in einer älteren Entscheidung, wann eine Menschenwürdeverletzung vorliege, lasse sich offenbar “nicht generell sagen, sondern immer nur in Ansehung des konkreten Falles” (BVerfGE 30, 1 <25>),

trifft angesichts der Benennbarkeit solcher abstrakt bestimmter Fallgruppen, in denen eine Menschenwürdeverletzung stets gegeben ist, nicht ganz präzise das Gemeinte. Gemeint ist aber ersichtlich, dass Verletzungen der Menschenwürde stets nur unter Berücksichtigung aller für die Angemessenheit oder Unangemessenheit der jeweiligen Behandlung relevanten Umstände als solche identifiziert werden können. “Der Maßstab der Menschenwürde ist mit dem Blick auf die spezifische Situation näher zu konkretisieren, in der es zum Konfliktfall kommen kann” (BVerfGE 109, 279 <311>). Eine menschenwürdewidrige Behandlung als bloßes Objekt liegt nicht *per se* schon dann vor, wenn die Belange des Grundrechtsträgers, seien sie auch höchst gewichtig, im Interesse Dritter oder der Allgemeinheit abwägend zurückgesetzt werden. Erst die “verächtliche”, den Eigenwert der Person und damit ihre Subjektqualität *missachtende* Behandlung verletzt die Menschenwürde (BVerfGE 30, 1 <26>).

Ob eine solche Missachtung vorliegt, ist unter Berücksichtigung aller relevanten Umstände zu bestimmen. So ist z.B. einerseits die Schwere der Beeinträchtigung des Grundrechtsträgers von Bedeutung (BVerfGE 49, 24 <64>), bei Überwachungsmaßnahmen beispielsweise auch deren Umfang und Dauer (BVerfGE 141, 220 <280, Rn. 130>), andererseits aber auch das Gewicht von Eingriffsinteressen. Das Gewicht solcher Interessen kann zum Beispiel dazu führen, dass selbst ein Eingriff in den *normalerweise* von der Menschenwürdegarantie strikt geschützten Kernbereich privater Lebensgestaltung, weil er nicht ohne Aufopferung elementarer Sicherheitsinteressen vermeidbar ist, nicht unter allen Umständen, sondern nur “nach Möglichkeit”, vermieden werden muss, und an die Stelle eines strikten Vermeidungsgebots ein bloßes Folgenminimierungsgebot tritt (BVerfGE 141, 220 <278 f., Rn. 126 ff.>; s. im Übrigen dazu, dass der Kernbereich seinerseits schon abwägend bestimmt ist, BVerfGE 109, 279 <319>; 124, 43 <69 f.>). Die wegen fortdauernder Gefährlichkeit notwendige Unterbringung eines Menschen in der Sicherungsverwahrung verletzt die Menschenwürde des Untergebrachten nicht, weil die “vom Grundgesetz vorgegebene Gemeinschaftsbezogenheit und Gemeinschaftsgebundenheit des Individuums” es rechtfertigen, “unabdingbare Maßnahmen zu ergreifen, um wesentliche Gemeinschaftsgüter vor Schaden zu bewahren” (BVerfGE 131, 268 <288>) – also deshalb nicht, weil es sich hier nicht um Missachtung der Belange des Untergebrachten handelt, sondern darum, dass sie nach Abwägung mit denen der Allgemeinheit zurückstehen müssen. Was die Menschenwürde im Einzelnen erfordert, ist unter anderem von historischer Entwicklung und vom jeweiligen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse abhängig (BVerfGE 45, 187 <229>). Wissenschaftliche Erkenntnisse werden eben deshalb relevant, weil sie die Gewichte in der Abwägung verändern, von der die Vereinbarkeit staatlicher Regelungen und Maßnahmen – wie zum Beispiel des Vollzugs der lebenslänglichen Freiheitsstrafe (BVerfGE 45, 187 <229 f.>) – mit der Menschenwürde abhängt.

Soweit es um staatliche Leistungen oder die auf staatlichen Leistungen angewiesene Ausgestaltung von Eingriffen wie dem Freiheitsentzug geht, ist das von Art. 1 I GG Geforderte auch von Umständen wie dem “dem jeweiligen Entwicklungsstand des Gemeinwesens und den bestehenden Lebensbedingungen” (BVerfGE 125, 175 <222>), “der konkreten Lebenssituation

des Hilfsbedürftigen sowie den jeweiligen wirtschaftlichen und technischen Gegebenheiten“ (ebenda S. 224), nicht zuletzt von den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen, abhängig. So kann zum Beispiel die Frage nach den Standards für die räumliche Unterbringungen im Straf- und Maßregelvollzug, “soweit es um die Sicherung eines Minimums an materiellen Voraussetzungen menschenwürdiger Existenz geht, ... nicht ohne Berücksichtigung der allgemeinen – auch wirtschaftlichen – Verhältnisse beantwortet werden” (BVerfGK 12, 410 <415>; 12, 417 <420>; 12, 422 <424>). Ob eine Auslieferung nach Rumänien zum Zweck der Strafverfolgung angesichts dortiger Haftraumverhältnisse mit der Menschenwürde des Betroffenen vereinbar ist, hängt daher nicht davon ab, ob in Rumänien die für Hafträume in deutschen Gefängnissen aus der Garantie der Menschenwürde abgeleiteten Standards (dazu [i.E.](#) hier, S. 262 ff.) eingehalten werden. Vielmehr sind die – etwas niedrigeren – völkerrechtlichen und unionsrechtlichen Standards maßgeblich (vgl. BVerfGE [147, 364](#) <385 ff., Rn. 52 ff.>; zur zwischenzeitlichen Konkretisierung der einschlägigen unionsrechtlichen Mindeststandards im Hinblick auf Art. 4 GRCh und zum Zusammenhang mit der Gewährleistung der Menschenwürde in Art. 1 GRCh [hier](#), Rn. 60, 62, 70 ff.). Das liegt nicht daran, dass es auf eine absehbare Verletzung der Menschenwürde durch rumänische Behörden als Folge der Auslieferung nicht ankäme, sondern an der Unterschiedlichkeit der abwägungsrelevanten Verhältnisse. Die deutsche öffentliche Gewalt darf nicht, auch nicht durch eine Auslieferungsentscheidung, “die Hand ... zu Verletzungen der Menschenwürde durch andere Staaten reichen” (BVerfGE [140, 317](#) <347, Rn. 562>). Aber die Antwort auf die Frage, ob die Unterbringung in einem Haftraum bestimmter Größe und Ausstattung die Menschenwürde verletzt, muss nicht generell so ausfallen, wie sie angesichts der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland ausfällt, wenn es um die Ausgestaltung der Haftbedingungen in einer deutschen Vollzugsanstalt geht. Auch hier spielt also für die Frage, was überhaupt als Verletzung der Menschenwürde anzusehen ist, Abwägung eine Rolle.

Eigenverantwortung

Dem “Schutz der Menschenwürde in Art. 1 Abs. 1 GG liegt die Vorstellung vom Menschen als einem geistig-sittlichen Wesen zugrunde, das darauf angelegt ist, sich in Freiheit selbst zu bestimmen und zu entfalten” (BVerfGE [140, 317](#) <343, Rn. 54>). Das erlaubt es nicht nur, sondern gebietet es, Menschen grundsätzlich als eigenverantwortungsfähig zu behandeln. Angemessene Konsequenzen zurechenbaren eigenen Verhaltens tragen zu müssen, verletzt nicht die Menschenwürde, sondern entspricht dem Menschenbild, das der verfassungsrechtlichen Gewährleistung der Menschenwürde zugrunde liegt. Daher verstößt es nicht gegen die Menschenwürde, wenn eine Behandlung, die unter anderen Umständen menschenwürdewidrig wäre, jemanden als angemessene Folge eigenen Handelns trifft. So ist die Verhängung einer Strafe als Folge vorwerfbar Handelns des Betroffenen zulässig, während sie “ohne Feststellung der individuellen Vorwerfbarkeit mit der Garantie der Menschenwürde und dem Rechtsstaatsprinzip unvereinbar” wäre (BVerfGE [140, 317](#) <344>, Rn. 54). So gewährleistet die Menschenwürde zwar grundsätzlich, dass ein Angeklagter die Möglichkeit haben muss, in der Hauptverhandlung über die ihm vorgeworfene

Tat anwesend zu sein und insbesondere rechtfertigende, entschuldigende oder strafmildernde Umstände dem Gericht persönlich darzulegen (BVerfGE [140, 317](#) <346, Rn. 58>; BVerfGE 63, 332 <337 f.>; 41, 246 <249>). Die Verhandlung in Abwesenheit des Angeklagten verletzt aber nicht dessen Würde, wenn er seine Verhandlungsunfähigkeit vorsätzlich und schuldhaft herbeiführt oder sich dem Strafverfahren, von dem er in Kenntnis gesetzt worden ist, durch Flucht entzieht (BVerfGE 41, 246 <249>; BVerfGK 3, 27 <32>, = Beschluss v. 3. März 2004 – [2 BvR 26/04](#) –; s. auch BVerfGE 63, 332 <338>). Die Menschenwürde ist demnach zwar verhaltensunabhängig geschützt und in diesem Sinne unverlierbar, aber es lässt sich nicht durchweg verhaltensunabhängig bestimmen, worin sie konkret besteht, was genau also die Pflicht, sie zu achten und zu schützen, zum Inhalt hat.

Auch das sogenannte “Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums” (BVerfGE [125, 175](#) <Leitsatz 1>; [149, 382](#) <396 Rn. 21>; s. auch Rn. 117 des [Urteils vom 5.11.2019](#) zur “grundrechtlichen Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums”) vermittelt keinen unabhängig von jeder Eigenverantwortung und damit gänzlich unabhängig vom eigenen Verhalten einforderbaren Anspruch. Vielmehr ist der verfassungsrechtlich uneinschränkbar gewährleistete Leistungsanspruch eben von Hilfebedürftigkeit abhängig; das Grundrecht “sichert *jedem Hilfebedürftigen* diejenigen materiellen Voraussetzungen zu, die für seine physische Existenz und für ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unerlässlich sind” (BVerfGE [125, 175](#) <Leitsatz 1 und S. 222>, Hervorhebungen nicht im Original) und steht deshalb gewissen die Verhältnismäßigkeit währenden Bindungen an eigenes Bemühen um Bewahrung bzw. Wiedererlangung finanzieller Selbstständigkeit nicht entgegen (s. insbes. Rn. 117, 121, 124, 125 f., 128, 130, 138 ff., 150, des [Urteils vom 5.11.2019](#)). Das bedingungslose Grundeinkommen, das es jedem erlauben würde, nach Gusto von eigener Arbeit oder von Steuermitteln zu leben, die andere aufgebracht haben, ist vom Grundrecht auf Achtung und Schutz der Menschenwürde schon im Ansatz nicht gewährleistet.

Das Urteil zu den Hartz-IV-Sanktionen erlaubt demnach keine Abstriche von der Menschenwürde, sondern identifiziert abwägend Bedingungen, unter denen eine Kürzung der Grundsicherungsleistungen die Menschenwürde gerade nicht tangiert. Über die Einzelheiten der vorgenommenen Abwägung lässt sich diskutieren. Aber der Vorwurf, das Bundesverfassungsgericht habe schon dadurch, dass es der Sache nach abgewogen und Verhältnismäßigkeitserwägungen Raum gegeben hat, Eingriffe in die Menschenwürde zugelassen, liegt neben der Sache.

